

**Interpellation** betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland)

**Gestützt auf §28 der Gemeindeordnung** reichen die Unterzeichnenden folgende Interpellation ein.

**Begründung:**

Das Flüchtlingslager in Moria (Lesbos, Griechenland) war für 2'800 Menschen vorgesehen. Zuletzt lebten dort schätzungsweise 12'600 geflüchtete Menschen unter sehr prekären Bedingungen. Durch Covid-19 hat sich die Situation zusätzlich verschlimmert. Katastrophale hygienische Bedingungen und beengte Verhältnisse, die keinerlei soziale Distanz zulassen, haben ihren Teil dazu beigetragen.

Am 9. und am 10. September 2020 brachen Brände aus, die das Lager und auch das letzte Hab und Gut der Geflüchteten zerstörten. Momentan sind mehr als 12'000 Menschen auf Lesbos, darunter viele Kinder und andere besonders verletzte Menschen, obdachlos. Sie müssen ohne Schutz vor Witterung und Covid-19 und ohne Zugang zu genügend Nahrung und fliessendem Wasser, ausharren.

Die Situation wird sich gemäss aktuellen Aussagen des UNHCR über den Winter weiter zuspitzen.

Die unmenschliche Situation auf den griechischen Inseln ist eine Folge der europäischen Flüchtlingspolitik. Die Schweiz hat das Dublin-Abkommen mitunterzeichnet und jahrelang davon profitiert. Nach diesem Abkommen können Menschen nur im ersten europäischen Land, in dem sie ankommen, ein Asylgesuch stellen, beispielsweise in Griechenland. Jeder Dublin-Staat kann aber auch jederzeit von sich aus asylsuchende Menschen in Not aufnehmen. Diese Möglichkeit muss die Schweiz jetzt nutzen.

Die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz befindet sich auf einem historischen Tief. Unser Staat verfügt über die finanziellen Mittel, die räumlichen Kapazitäten und die personellen Ressourcen, um geflüchtete Menschen in grosser Not aufzunehmen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die materielle und finanzielle Unterstützung Griechenlands die Situation für die geflüchteten Menschen nicht verbessert hat. Es bleibt nur noch die Evakuierung.

Die Schweiz und damit auch Zofingen sind gefordert, Menschlichkeit und Solidarität zu zeigen und Flüchtlinge aufzunehmen. Deshalb soll sich Zofingen auf kantonaler und nationaler Ebene dafür stark machen, mindestens 9 geflüchtete und auf Moria gestrandete Menschen aufzunehmen.

Diese Zahl richtet sich nach dem Aufruf des Netzwerkes Asyl Aargau, pro 1'356 Einwohner\*innen einen geflüchteten Menschen aufzunehmen (<http://www.netzwerk-asyl.ch/2020/06/16/500-gefluechtete-menschen-fuer-687-207-aargauerinnen/>). Für Zofingen mit seinen 11'834 Einwohner\*innen (Stand: 31. Dezember 2019) würde das die absolut vertretbare Aufnahme von 9 Personen bedeuten.

Ein vergleichbarer Vorstoss wurde oder wird auch in sämtlichen anderen Gemeinden des Kantons Aargau, die über einen Einwohnerrat verfügen, eingereicht.

**Antrag:**

Der Stadtrat Zofingen wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten

- Ist der Stadtrat bereit, 9 geflüchtete Menschen aus Moria aufzunehmen? Wenn nein, wieso nicht?
- Ist der Stadtrat bereit, den Kanton und den Bund dazu aufzufordern, die notwendigen Massnahmen zu treffen, um die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Moria zu ermöglichen? Wenn nein, wieso nicht?
- Ist der Stadtrat bereit sich mit den Städten und Gemeinden im Kanton Aargau sowie mit Basel, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich, die ähnliche Initiativen zur Aufnahme von geflüchteten Menschen ergreifen, zu koordinieren. Wenn nein, wieso nicht?

Viviane Hösli, SP

Stéphanie Hagmann, CLP

Gian Guyer, Grüne

Claudia Schürch-Meder, EVP

Oliver Maurer, EVP

Sandra Olar, SP

Liliane Hofer, SP

Yvonne Lehmann, SP

Yolanda Senn-Amman, farbtupfer

Michael Wader, SP

Marja Junice, Wappu

Franziska Kremes, F.K.

Christian Nöthiger, C.N.

Salome Fankhauser, S.F.